

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

47. Jahrgang / 81

28. April 1992

Günter Verheugen MdB zu den Weiterungen der Genscher-Entscheidung für die nationale und internationale Politik: Nach dem Rücktritt.

Seite 1

Professor Rolf Wernstedt zu Erfahrungen mit dieser Bildungseinrichtung und der gegen sie geführten Kampagne: Ein Plädoyer für die Gesamtschule.

Seite 2

Hedda Jungfer MdL zur Wirkung von Streibels Scheite auf die Berichterstattung über die Opposition: Der Herr Ministerpräsident und die bayerischen Medien.

Seite 6

Nach dem Rücktritt

Zu den Weiterungen der Genscher-Entscheidung für die nationale und internationale Politik

Von Günter Verheugen MdB

Man darf Hans-Dietrich Genscher schon glauben, daß sein Rücktritt keiner Augenblickseingebung entsprungen ist, sondern daß er seinen Abgang sorgfältig geplant und inszeniert hat. Über die persönlichen Gründe, die Genscher hatte, braucht man nicht zu spekulieren, man muß sie respektieren. Nicht Motivforschung ist das politische Thema, sondern die Weiterungen des Rücktritts für die nationale und die internationale Politik. Vor dem Hintergrund dieser Fragestellung ist das eigentlich Überraschende am Genscher-Rücktritt der Zeitpunkt. Drei Beobachtungen drängen sich auf:

- Das Parteiensystem in der Bundesrepublik könnte sich erneut verändern. Schon im Vierparteiensystem ist die Rolle der FDP schwächer geworden, im Fünfparteiensystem - siehe Baden-Württemberg - kann die FDP als Machtfaktor ausscheiden.
- Die Regierung Kohl steht vor der Wand. Der Offenbarungseid ist praktisch geleistet. Der Machtverlust spätestens bei der nächsten Bundestagswahl ist für diese Koalition eine gegenwärtige Gefahr.
- Die deutsche Außenpolitik hat sich mit der neuen Rolle Deutschlands nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation und der damit verbundenen deutschen Einheit nicht zurechtgefunden, Genscher war nicht mehr unangreifbar.

Innenpolitisch bedeutet der Genscher-Rücktritt in diesem Umfeld eine dramatische Schwächung der Regierung Kohl. Hans-Ulrich Klose hat recht: das kann der Anfang vom Ende sein. Genscher war, nehmt alles nur in allem, der Sympathie- und Leistungsträger einer angeschlagenen Regierung. Es ist leicht vorhersehbar, daß es heftigen Streit um Genschers Erbe geben wird. Die Nachfolgerin wird sehr schnell unter den Druck aus der eigenen Koalition geraten. Der rechte Flügel der Union wird Frau Schwaetzer keine lange Schonfrist einräumen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mfl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortlicher Umweltschutz
nach dem Bundesgesetz vom 27.11.1986
Anmeldung Postfach



Aber auch für die SPD verändert sich einiges. Gegen den in der Öffentlichkeit stabilisierten Genscherschen Kompetenzvorsprung in der Außenpolitik konnte die SPD wenig ausrichten. Es ist heute eine müßige Frage, ob man das hätte ändern können, wenn die SPD die Außenpolitik in der Vergangenheit stärker zum Konfliktthema gemacht hätte. Jetzt aber sind die Karten neu gemischt, und der SPD bietet sich die Chance, auf dem außenpolitischen Feld einen Kompetenzvorsprung zu erreichen. Dies setzt allerdings voraus, daß die SPD die Arbeit leistet, der die Regierungskoalition nicht gewachsen war, und die konzeptionellen Fragen der künftigen deutschen Außenpolitik beantwortet.

(-/28. April 1992/rs/ks)

Ein Plädoyer für die Gesamtschule
Zu Erfahrungen mit dieser Bildungseinrichtung und der gegen sie geführten Kampagne

Von Professor Rolf Wernstedt
Kultusminister des Landes Niedersachsen

I.

Das Schulsystem in der alten Bundesrepublik ist seit 30 Jahren in enormer Bewegung. Die Bildungsexpansion hat dazu geführt, daß die Volks- und Hauptschulen seit 1960 ihren Anteil von 70 Prozent pro Jahrgang verringert haben auf in Niedersachsen inzwischen unter 30 Prozent; in manchen Regionen unter 20 Prozent, in manchen Stadtteilen sogar unter zehn Prozent.

Gewinner dieser Entwicklung waren die Realschulen (jetzt 36 Prozent) und Gymnasien (jetzt 31 Prozent). Wer vor 30 Jahren einen solch hohen Anteil von Gymnasiasten beziehungsweise Abiturienten und Abiturientinnen prognostiziert hätte, wäre als Ausverkäufer des Bildungsniveaus diffamiert worden. Heute wird es für selbstverständlich gehalten. Die Entwicklung hat ihre Hauptgründe in der wirtschaftlich-technischen Notwendigkeit und den Anforderungen der Berufe sowie dem Bedarf an akademisch ausgebildeten Menschen.

Die Eltern wünschen daher für ihre Kinder eine qualifizierte und möglichst alle Chancen offenhaltende Bildung und Ausbildung. In Niedersachsen ist mit der Freigabe des Elternwillens seit 1979 diese Dynamik beschleunigt worden. Dessen rechtliche Absicherung ist unumkehrbar. Das Hauptproblem niedersächsischer Schulpolitik in den nächsten zehn Jahren besteht daher darin, diese innere Dynamik organisatorisch und pädagogisch so zu steuern, daß möglichst wohnortnahe und vollständige Abschlüsse bis zur Klasse 10 möglich werden. Dies wird in Zusammenarbeit, Kooperation von Haupt- und Realschulen und gegebenenfalls Gymnasien gefördert. Auch Gesamtschulen sind dazu eine geeignete Antwort.

II.

Parallel zum herkömmlichen Schulwesen entwickelten sich Gesamtschulen integrierter und differenzierter Form einerseits und kooperativer Form (IGS und KGS) andererseits.

Gesamtschulen nehmen ihrer Absicht und Anlage nach alle Kinder eines Jahrgangs auf. Bei der Unterschiedlichkeit der Kinder müssen sie daher differenzieren. Gesamtschulen wissen, daß die Unterschiedlichkeit der Menschen größer ist als sie im dreigliedrigen Schulsystem zum Ausdruck kommen kann.

Die pädagogische Arbeit der Gesamtschulen ist in der Regel anspruchsvoller als in den anderen Schulformen, weil diese Schulen eine doppelte Last tragen: Sie wollen einerseits die gesamte intellektuelle und verhaltensmäßige Breite eines Schuljahrgangs individuell fördern und müssen dies andererseits in einer Gesellschaft tun, "die vom Schulsystem immer noch vornehmlich Auslese und Abriechung auf einen Zweck erwartet" (Hartmut von Hentig). Außerdem hat sie sich zur Aufgabe gemacht, die Demokratisierung und die Chancengleichheit zu fördern.

In Niedersachsen hat dies in der ersten Hälfte der 70er Jahre zur Gründung von 30 Gesamtschulen geführt (17 KGS und 13 IGS). Neben den grundsätzlichen Erwägungen haben sich Eltern und Schulträger auch häufig aus sehr pragmatischen, in der regionalen Struktur liegenden Gründen für die Errichtung von Gesamtschulen entschlossen (kurze Schulwege, Erreichung des Abiturs am Ort, Ganztagschule).

Rechtlich bedeutsam für die erste Phase der Gründung von Gesamtschulen war die sogenannte Lex Fürstenau im Schulgesetz, die es möglich machte, Schulträger von der Pflicht zu befreien, die anderen Schulformen des Sekundarbereichs I vorzuhalten. Davon haben Gebrauch gemacht: Bodenfelde und Fürstenau als Integrierte Gesamtschulen sowie Moringen, Bad Lauterberg, Hemmingen, Rastede, Tarmstedt, Schneverdingen, Bad Bevensen, Schwaneviede, Neuanhaus und Wittmund als Kooperative Gesamtschulen. Die rechtliche Bestimmung trug dem Umstand Rechnung, daß im Flächenstaat Niedersachsen nicht überall alle Schulformen am Ort zugleich geführt werden können. Die Beschlüsse der Schulträger sind jeweils einstimmig gefaßt worden. Von der Möglichkeit, ihre Kinder nicht auf diese Schulen zu schicken, machen nur wenige Eltern Gebrauch.

III.

Ende der 80er Jahre begann auch in Niedersachsen eine neue Phase des Interesses an Gesamtschulen. Inzwischen war der bedeutsame KMK-Beschluß von 1982 über die gegenseitige Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse gefaßt worden. In Niedersachsen haben die Gesamtschulen seit 1980 den Rechtsstatus einer Angebotsschule.

An allen Gesamtschulstandorten stieg die Zahl der abgewiesenen Kinder, so daß sich die Stadt Braunschweig sowie die Landkreise Schaumburg und die Stadt Oldenburg zur Gründung von neuen integrierten Gesamtschulen entschlossen. Die CDU-Kultusminister Kries und Hormann haben diese genehmigt.

IV.

Die Gründe für die verstärkte Nachfrage nach Gesamtschulen sind offenbar

- a) immer mehr Eltern (ich schätze etwa 20 bis 30 Prozent) wünschen für ihre Kinder eine andere Schule, das heißt ohne Zensuredruck, ohne frühzeitige Auslese mit starken sozialen Bezügen und pädagogischen Freiräumen. Umfrageergebnisse unter den Eltern der 1. bis 3. Klassen haben in Linge, Hannover, im Landkreis Gifhorn um die 30 Prozent, in Salzgitter sogar 50 Prozent Interesse an einer Gesamtschule ergeben;

- b) immer mehr Eltern wünschen ein Ganztagsangebot (in der Regel werden integrierte Gesamtschulen als Ganztagschulen geführt);
- c) bei Aussicht wohnortnaher, gleichwertiger Beschulung wollen viele Eltern den Kindern lange Wege ersparen.

V.

Die Koalitionsparteien SPD und Grüne haben vereinbart, diese Entwicklung zu respektieren und zu fördern. Wo eine hinreichende Zahl von Eltern dies wünscht, sollen langfristig in Absprache mit den Schulträgern und deren Leistungsfähigkeit Gesamtschulen entstehen. Dies ist erklärte Programmatik der Wahlprogramme, der Koalitionsvereinbarung, der Regierungserklärung und damit der Politik der Landesregierung. Das Ziel ist die rechtliche Gleichstellung mit den anderen Schulen des Sekundarbereichs I, nicht die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. Wer das Gegenteil behauptet, sagt bewußt die Unwahrheit.

Eltern, die ihr Kind auf eine Gesamtschule schicken wollen, sollen dies langfristig genauso tun können wie die, die ihre Kinder auf eine Hauptschule, Realschule oder ein Gymnasium schicken wollen.

Parallel zu diesem Vorhaben habe ich neue Organisationserlasse für die Gesamtschulen herausgegeben, die die pädagogischen Spielräume für beide Schultypen erweitern, das Gemeinsame benennen und die strukturellen Unterschiede betonen.

VI.

Die Umsetzung der rechtlichen Gleichberechtigung bringt reale Probleme mit sich:

- a) Die Errichtung einer Gesamtschule bedeutet zugleich eine Standortentscheidung. Bei expandierenden Schülerzahlen und der Notwendigkeit der Neubauten ist dies kein Problem. Bei stagnierender Schülerzahl wird in der Regel an einen bestehenden Standort gedacht, das heißt eine Schule wird aufgelöst. Dies ist immer ein hochsensibles Unterfangen, weil es viele Identifikationen gibt, reale, emotionale und hochgespielte.
- b) Der Neubau von Schulen ist teuer (der Landkreis Schaumburg rechnet mit 20 Millionen), daher wird in der Regel Altbau genutzt werden, dessen Erweiterung durch Mensa und Ganztagsräume billiger als ein Neubau wäre. Konkrete Zahlenangaben schwanken zwischen zwei und zehn Millionen. Schulträger, die ihr Schulzentrum zu einer KGS erweitern (Norderney, Drochtersen, Sehnde, Wiesmoor) haben dies in ihren Entwicklungsplänen und Haushalten verankert.

Es ist sicher, daß die finanziellen Möglichkeiten der Schulträger ein wichtiges Argument bei der Errichtungsentscheidung von Gesamtschulen sind. Gesamtschulen gegen den erklärten Willen des Schulträgers durchdrücken zu wollen, wäre für die Gesamtschulen kontraproduktiv und politisch unsinnig. Das heißt, bis die Gleichberechtigung real durchgesetzt sein wird, wird es noch länger dauern.

- c) Das Potential von Lehrkräften, die mit innerem Engagement eine Gesamtschule aufbauen und tragen wollen, ist nicht unbegrenzt. Daher wird auch aus dieser Sicht eine zu schnelle Expansion eher skeptisch gesehen. Ich möchte lieber ein paar weniger, aber gute, als mehrere, aber schlechte Gesamtschulen.

d) Es gibt rechtliche Probleme. Wir haben im Schulgesetz verankert, daß niemand gezwungen werden kann, eine Gesamtschule zu besuchen. Das Bundesverfassungsgericht hat gemeint, daß die freie Wahl der Schule gewährleistet sein müsse. Aus diesem Urteil ziehe ich allerdings den gegenteiligen Schluß wie die FDP. Es ist offenbar dringend notwendig, an die Realisierung der Wahlmöglichkeit auch für Gesamtschulen zu gehen. Denn das gegenwärtige Schulsystem zwingt Eltern, die ihre Kinder dort gar nicht hinschicken wollen, sondern auf eine Gesamtschule, dies gegen ihren Willen zu tun.

VII.

Die Kampagne der Gesamtschulgegner seit gut einem Jahr hat mich insofern überrascht, als ich nicht mit dem hohen Grad der Intoleranz gerechnet habe. Für mich ist die Gesamtschule kein Glaubensartikel, sondern eine reale Möglichkeit, Schule auch anders zu gestalten als herkömmlich. Die Arbeit dieser Schulen hat sich nach über 20 Jahren bewährt. Die Absolventen und Absolventinnen gehen ordentlichen Berufen nach, vom Facharbeiter bis zum Hochschuldozenten.

Als ausgebildeter Gymnasiallehrer, der auch sechs Jahre an einem Gymnasium gearbeitet hat, wundere ich mich immer, mit welcher Selbstgerechtigkeit Vertreter des Philologenverbandes über andere Schulen herfallen. Sie hätten in ihren eigenen Schulen reformpädagogisch genug zu tun. Das eigentliche Problem der Gymnasien ist, daß sie an ihrem quantitativen Erfolg zu ersticken drohen. Die Breite der intellektuellen Fähigkeiten ist längst so groß, daß sie eigentlich differenzieren müßten. Aber das wäre ein Gesamtgymnasium, das unerwünscht ist.

Es wird von Vertretern der CDU eine heillose Dramatisierungskampagne hinsichtlich der Kosten geführt. Die CDU muß sich allerdings nach Schlüssigkeit und Glaubwürdigkeit ihres Vorgehens fragen lassen, wenn sie einerseits eine massive Ausweitung der Ganztagschulen beziehungsweise -angebote, die ebenso teuer sind, fordert, zugleich aber die Einrichtung von Gesamtschulen ablehnt.

Es entbehrt nicht des Elements von Niedertracht, wenn Gesamtschulgegner auf die Einheitsschule der DDR vergleichsweise hinweisen und dies als Gegenargument zur Gründung von Gesamtschulen im Westen anführen.

An eher niedere Instinkte soll auch angeknüpft werden, wenn - wie unlängst vom CDU-Abgeordneten Klare - vom Fatmästen der Gesamtschulen gesprochen wird. Gesamtschulen sind dann teurer, wenn sie als Ganztagschulen geführt werden. Sie sind bei der Zuweisung von Lehrern, der Klassengröße und den Beförderungstellen nicht bevorzugt, wenn man einen gerechten Vergleich zu allen anderen Schulformen, das heißt Hauptschule, Realschule und Gymnasien zieht.

Hinter der Kampagne gegen die Gesamtschule stecken wohl doch noch weitergehende Motive, nämlich die Angst vor zu viel Bildungskonkurrenz im Lande und die Aussicht auf Unbequemlichkeit.

Die Leistungen der Gesamtschule können sich sehen lassen. Lassen Sie sich nicht beeindrucken von einer Strategie, die mit politisch kalkulierten Unterstellungen arbeitet. Dies ist kein Glanzstück seriöser demokratischer Streitkultur. Gefragt sind vielmehr für die nächste Zeit seriöse Konzepte, wie die innere Dynamik der Elternentscheidungen einerseits und die notwendigen pädagogischen Reformen andererseits organisatorisch und glaubwürdig umgesetzt werden können. Gesamtschulen sind dazu ein Weg, sie sind nicht der einzige, aber ein guter.

(-/28. April 1992/rs/ks)

Der Herr Ministerpräsident und die bayerischen Medien
Zur Wirkung von Streibels Scheiße auf die Berichterstattung über die Opposition

Von Hedda Jungfer MdL

Gerade zehn Tage ist es her, daß der bayerische Ministerpräsident ankündigt, sich künftig keine freien Fragen von Journalisten mehr gefallen zu lassen - ein ungeheuerlicher Vorgang in der Demokratie. Und was geschieht? Ein wenig Spott, ein wenig Kritik in den Medien - und dann fällt man einfach über die Opposition her. Weil es leichter, gefahrloser ist? Weil dafür Journalistinnen eher gelobt, nicht gekündigt werden? Nicht besonders mutig und sicher nicht der Demokratie förderlich.

Dabei hat die SPD als Opposition hier in Bayern gerade einige wichtige Erfolge aufzuweisen. Soeben hatten wir eine spannende Auseinandersetzung über die Europapolitik der CSU, über das folgende Einknicken der CSU-Landtagsfraktion gegenüber ihrer eigenen Regierung, von der SPD herausgefordert. Da kommen erste Ergebnisse aus dem Schalck-Untersuchungsausschuß, die die Verstrickungen von CSU-Politikern in das alte DDR-Kartell belegen. Die CSU wird von der SPD gezwungen, in der Frauenpolitik endlich Bewegung zu zeigen. Der Plan der Staatsregierung, für 180 Millionen Mark eine Residenz in Berlin zu errichten, wurde von der SPD aufgedeckt. Und, und, und ...

Alles Fakten, die für die BürgerInnen Bayerns wissenswert und informativ sind. Aber was tut beispielsweise der renommierte Landtagsberichterstatler der "Süddeutschen Zeitung" nach Streibls verordnetem Presse-Maulkorb? Er haut die SPD-Landtagsfraktion in die Pfanne, versteigt sich bis zu der bizarren Diffamierung, die SPD begehe "Wählertäuschung in der Opposition". Von der SPD sehe man nichts, höre man nichts.

Das einzige aber, was in der Sache kritisiert wird, ist: Auch ein halbes Jahr vor der Wahl des oder der neuen Fraktionsvorsitzenden inszeniert die Fraktion kein öffentliches Kandidatinnen-Schaulaufen. Ich halte das für richtig und selbstverständlich!

Natürlich weiß auch der Korrespondent der "Süddeutschen Zeitung", daß der Wechsel in der Bayern überfällig ist. Er weiß auch, daß die Opposition die besseren Konzepte hat. Warum also, Herr Stiller?

(-/28. April 1992/rs/ks)
